



AG Bioethik und Wissenschaftskommunikation
Interdisziplinäre Forschungsgruppe

**Bürgerkonferenz
zur Stammzellforschung 2003/2004**
Projektbeschreibung

Die AG „Bioethik und Wissenschaftskommunikation“, eine interinstitutionelle Kooperation zwischen dem Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin (MDC) und dem Forschungszentrum Jülich (FZJ), Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik (MUT), führt 2003/2004 eine Bürgerkonferenz zur Stammzellforschung durch. Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern wird über mehrere Wochen hinweg die ethischen und gesellschaftlichen Aspekte der Stammzellforschung intern und mit Fachleuten diskutieren und bewerten. Diese Bürgerkonferenz ist ein Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Auseinandersetzung mit Bioethik und Biomedizin.

1 Zielsetzung

Die geplante Bürgerkonferenz zur Stammzellforschung hat folgende Ziele:

- Aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der öffentlichen Diskussion zur Stammzellforschung
- Ergänzung der ethischen und sozialen Argumente von „Experten“ um die Sicht von „Laien“
- Einsatz und methodische Erweiterung eines Diskursverfahrens durch gezielte Modifizierung des erprobten Verfahrens der „Konsensus-Konferenz“
- Beitrag zur breiten öffentlichen Diskussion zur Bewertung moderner Medizin und auf diese Weise Beitrag zum politischen Entscheidungsprozess zum Umgang mit der Stammzellforschung

2 Thema: Stammzellen

Stammzellen sind undifferenzierte (d.h. strukturell und funktionell nicht oder wenig spezialisierte) Zellen, die die Fähigkeiten besitzen, sich ständig selbst zu erneuern, sich zu vermehren und sich in spezialisierte Körperzellen zu entwickeln. Stammzellen kommen in allen höheren Organismen vor und dienen dem Wachsen und der ständigen Erneuerung bzw. „Reparatur“ von Geweben und Organen.

Die aktuelle Stammzellforschung widmet sich vor allem zwei Typen von menschlichen Stammzellen: Zum einen den so genannten **adulten Stammzellen** (auch somatische Stammzellen oder Gewebestammzellen genannt), die im Körper Erwachsener, wie z.B. im Knochenmark, der Haut oder der Leber vorkommen, und zum anderen den so genannten embryonalen Stammzellen, die aus Embryonen gewonnen werden. Es wird vermutet, dass die **embryonalen Stammzellen** eine breitere **Entwicklungsfähigkeit** besitzen als die Gewebestammzellen, dies ist jedoch noch nicht eindeutig belegt. Man erhofft sich von dieser Forschung Impulse für das Verständnis der menschlichen Gewebe- und Organentwicklung, sowie für die künstliche Züchtung von Zellen und Geweben. Die Stammzellforschung könnte daher dem gezielten **Ersatz zerstörter Zellen** und Gewebe im Körper, der Gewebezüchtung (dem sog. Tissue Engineering), der **Entwicklung von Medikamenten** u.a.m. dienen.

Vor allem die Gewinnung und Verwendung von embryonalen Stammzellen ist ein immer noch kontrovers diskutiertes Thema in Medien, Politik und Gesellschaft. Die Erzeugung neuer embryonaler Stammzelllinien erfolgt durch den **Verbrauch von menschlichen Embryonen**. Je nach Bewertung des moralischen Status des Embryos wird daher die Gewinnung von embryonalen Stammzellen als mehr oder weniger problematisch erachtet. Zudem wird befürchtet, dass die Forschung mit Embryonen und embryonalen Stammzellen einen Schlüssel für das **reproduktive Klonen** und die **Keimbahntherapie** bieten wird – und ein Dammbuch weitgehend anerkannter moralischer Grenzen dadurch ausgelöst werden könnte.

Viele erhoffen sich von der Stammzellforschung neue medizinische Therapien, etwa für die Parkinsonsche Krankheit, Diabetes oder den Gewebeerersatz in der Transplantationsmedizin. Auch die Bedeutung des **Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Deutschland** wird als Argument für die Förderung der Stammzellforschung angeführt. Andere kritisieren die Relativierung des Embryonenschutzes und eine **Fremd-Verzweckung** menschlichen Lebens.

Nach der Verabschiedung des Stammzellengesetzes im Deutschen Bundestag hat das Thema seine Brisanz nicht verloren: **Welche Vor- und Nachteile der adulten und embryonalen Stammzellen sind aus ethischer und gesellschaftlicher Perspektive zu bedenken, welche Wege soll die Forschung aus Sicht der Bürger daher einschlagen? Welche alternativen Wege zur Erreichung der Zielsetzungen sind aus Alltags- und Erfahrungssicht zu bedenken?** Diese und andere Fragen soll die Bürgerkonferenz aus Sicht der beteiligten Bürgerinnen und Bürgern behandeln.

3 Hintergrund: Bürgerbeteiligung

Obwohl inzwischen einige Gutachten und Protokolle zur Stammzellforschung von Expertengremien, Politikern und öffentlichen Verbänden vorliegen, ist noch weitgehend unklar, **wie der informierte und interessierte Bürger über diese Forschung denkt.** Wie beurteilt er die unterschiedlichen Wege und Alternativen, wenn er nicht nur wissenschaftliche und politische Argumente abwägt, sondern auch seine eigenen kulturellen, emotionalen und gesellschaftlichen Vorstellungen und Erfahrungen einbringen kann?

Im Rahmen einer **offenen Zivilgesellschaft**, deren Ziel ist, die öffentliche Diskussion zum gesellschaftlichen Umgang mit moderner Technik, Wissenschaft und Medizin breit zu führen, stellt die aktive und zugleich strukturierte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern einen wichtigen Schritt dar. Länder wie Dänemark, die Niederlande und die Schweiz haben solche so genannten „Bürgerbeteiligungsverfahren“ bereits erfolgreich etabliert.

In einer parlamentarischen Demokratie kann durch solche Formen der fundierten **Meinungsbildung** auch die **politische Entscheidungsfindung** gestützt werden. Sie stellt zudem damit eine neue, wichtige Form des **bürgerschaftlichen Engagements** dar. Die Beteiligung von Bürgern ist somit eine Ergänzung der politischen und gesellschaftlichen Beratung durch Experten und Gremien wie Ethikkommissionen, Räten oder Gutachtern. Die Ergebnisse von Bürgerbeteiligungsverfahren, insbesondere am bioethischen Diskurs, erheben dabei nicht den Anspruch, Politik vorzugeben oder direkt zu bestimmen. Sie sind vielmehr ein wichtiges Element des gesamtgesellschaftlichen Diskurses und verstehen sich als Ergänzung zur bisher von Wissenschaftlern und Medienexperten dominierten „öffentlichen“ Diskussion.

4 Methode

Für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wurde das erprobte Verfahren der so genannten **Konsensus-Konferenz** gewählt. Dieses Verfahren kommt aus Dänemark und wird dort regelmäßig auf Empfehlung des Dänischen Parlaments eingesetzt. Inzwischen wurden bereits weltweit über 70 solcher Konsensus-Konferenzen zur **Bewertung von neuen technologischen und wissenschaftlichen Entwicklungen aus Bürgersicht** eingesetzt. In Deutschland fand 2001 die erste bundesweite Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik statt, die am Deutschen Hygiene-Museum in Dresden durchgeführt wurde.

Diese Methode setzt nicht auf die Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger, sondern vielmehr auf eine intensive und faire **Diskussionsform** in einer gemischten Gruppe von ca. 20 Bürgern. Es wird keine Repräsentativität für die Deutsche Bevölkerung oder eine bundesweite Meinungserhebung angestrebt. Vielmehr geht es um die beispielhafte Etablierung einer nachhaltigen **Argumentationskultur** innerhalb der Bürgergruppe als auch zwischen den **Bürgern** und den geladenen **Sachverständigen**. Ziel ist, die unterschiedlichen Meinungen und Bewertungen herauszuarbeiten und Übereinstimmungen wie Abweichungen in der Gruppe zu formulieren. Die Diskussion innerhalb der Bürgergruppe wird durch ein bis zwei erfahrene **Moderatoren** geleitet, die unabhängig von den Organisationsinstitutionen sind.

Eine spezielle Gruppe von Wissenschaftlern wird zudem den Prozess begleiten und die Methode, die Form der Diskussion und Meinungsbildung beobachten und aus sozial- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht evaluieren. Hierdurch sollen weitere Kenntnisse zum verbesserten Einsatz dieser Methode erzielt werden.

5 Zeitlicher Ablauf

Die Bürgerkonferenz stellt einen mehrwöchigen Meinungsbildungs- und Bewertungsprozess dar, bei dem am Ende die Bürgergruppe selbstständig ein mehrseitiges Votum verfasst. Im Rahmen dieses Verfahrens trifft sich die Bürgergruppe mindestens dreimal.

Der Ablauf der Bürgerkonferenz zur Stammzellforschung sieht folgendermaßen aus:

a. Auswahl einer Bürgergruppe aus interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus **Berlin, Bernau und Nauen**. Es werden 14.000 zufällig ausgewählte Personen angeschrieben, die sich bei Interesse für die Teilnahme melden können. Aus den Rückmeldungen werden nach formalen soziodemographischen Kriterien wie **Geschlecht, Alter und Berufsgruppenzugehörigkeit** 20 Personen ausgewählt. Die Bürger erhalten neben Erstattung von Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten eine Aufwandsentschädigung.

b. Die Bürgergruppe trifft sich zweimal über ein verlängertes Wochenende, einmal im Dezember 2003 und einmal im Januar 2004 zur Beratung und Diskussion in Berlin. Auf diesen Vorbereitungswochenenden wird die Gruppe ihre inhaltlichen Schwerpunkte gemeinsam festlegen, Fragen formulieren und eine Reihe von Fachleuten auswählen. Diese Fachleute werden später zu einer öffentlichen Befragungs- und Diskussionsrunde eingeladen.

c. Im März 2004 findet die dreitägige Abschlusskonferenz statt, die teils **öffentlich**, teils **intern** abgehalten wird. Die Bürgergruppe verfasst nach Abschluss der Diskussion mit den Fachleuten selbstständig einen Bericht, in dem sie die wichtigsten Einschätzungen und Bewertungen festhält.

d. Der Bericht der Bürgergruppe wird von dieser der **Öffentlichkeit** präsentiert und **Entscheidungs-trägern** aus Politik und Wissenschaft übergeben. Der Bericht wird in Schriftform den Medien und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Endprodukte des Verfahrens sind:

1. Votum der Bürgergruppe zur Stammzellforschung
2. Bericht zu Verlauf, Methode und Wirkung aus Sicht der Organisatoren
3. Evaluationsbericht
4. Materialien (Ablaufprotokolle, Fragen und Antworten an die Fachleute, Reaktionen durch Medien und Dritte)
5. Webseite mit Informationen zur Bürgerkonferenz, Stammzellforschung und weiteren Informationen

6 Organisation

Die Bürgerkonferenz zur Stammzellforschung wird von der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Bioethik und Wissenschaftskommunikation“ mit Sitz am Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch (Leitung: Dr. Christof Tannert) durchgeführt. Kooperationspartner ist die Programmgruppe Mensch-Umwelt-Technik am Forschungszentrum Jülich (Leitung: Dr. Peter Wiedemann).

Die Bürgerkonferenz wird im Rahmen des Forschungsprojektes „Diskurs zu den ethischen Fragen der Biomedizin“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.

Laufzeit:

Juni 2003 - März 2004

Interne Vorbereitungswochenenden:

12. - 14. Dezember 2003

30. Januar - 1. Februar 2004

Öffentliche Abschlusskonferenz:

12. - 14. März 2004



7 Kontakt

AG Bioethik und Wissenschaftskommunikation
Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin
Robert-Rössle-Str. 10, 13092 Berlin

verantwortliche wiss. Mitarbeiterin:

Dr. Silke Schicktanz

Tel. 030 - 94 06 - 31 48, Fax 030 - 94 06 - 21 58

Email: schicktanz@mdc-berlin.de

Organisation / Ansprechpartner

Ali ben Salem, M.A.

Tel. 030 - 94 06 - 21 70, Fax 030 - 94 06 - 21 58

Email: salem@mdc-berlin.de

Mehr Informationen unter:

www.bioethik-diskurs.de/buergerkonferenz/

Kooperationspartner:

MDC MAX-DELBRÜCK-CENTRUM
FÜR MOLEKULARE MEDIZIN
BERLIN-BUCH



Forschungszentrum
Jülich